



An das
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft
Sektion 1
Stubenring 1
1012 Wien

pA office@lebensministerium.at

cc: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, 19. November 2010

Entwurf des Bundesgesetzes, mit dem die Agro
Control Austria GmbH errichtet werden soll (ACA-Gesetz)

Der Grüne Klub im Parlament nimmt zum genannten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung:

Die **außerordentlich kurze Begutachtungsfrist von 8 Tagen** und der kleine Verteiler lassen darauf schließen, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Entwurf gar nicht stattfinden soll. Nicht einmal die betroffenen Einrichtungen werden zur Stellungnahme im Begutachtungsverfahren eingeladen!

Der vorliegende Entwurf sieht eine Bündelung der Kontrollen verschiedener – hauptsächlich landwirtschaftlicher – Materien im Rahmen einer noch zu gründenden „Agro Control Austria GmbH“ vor. **Völlig willkürlich soll auch die im Umweltkontrollgesetz vorgesehene Umweltkontrolle einbezogen werden.** Der Gesetzesentwurf ist so unklar gefasst, dass die gesamte Umweltkontrolle einer Tochter der Agrarmarkt Austria (AMA) zum Opfer fallen könnte. Es wird im Gesetzesentwurf ausdrücklich die Unparteilichkeit und Objektivität erwähnt - die derzeitige Konstruktion des Textes gewährleistet dies jedoch in keiner Weise. Im Gegenteil: **Die Unabhängigkeit und Objektivität der Umweltkontrolle in Österreich und die Eigenständigkeit des Umweltbundesamtes wären damit gefährdet.**

Die Zusammenlegung der derzeitigen Kontrolldienste der AGES, der AMA, des UBA und des Bundesausbildungs- und Forschungsamtes für Wald bringt **keinerlei Synergie-Effekte**, da diese Einrichtungen derzeit völlig unterschiedliche Aufgabenstellungen haben. Die Übertragung von Aufgaben, Personal und Finanzen der genannten bestehenden Einrichtungen an die neue Kontroll-GmbH würde eine **Schwächung der personellen und finanziellen Ressourcen** und somit eine **Aushöhlung und Zerschlagung** der bestehenden Einrichtungen bedeuten.

Mag.^a Christiane Brunner

Abgeordnete zum Nationalrat

Sprecherin für Umwelt, Energie und Tierschutz der Grünen im Parlament

Vorsitzende des Umweltausschusses

Telefon (01) 40110 – 6303 **Telefax** (01) 40110 – 6882 **Email:** christiane.brunner@gruene.at

Dieses Dokument wurde mittels e-Mail vom Verfasser zu Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.

Von der ganzheitlichen Kontrolle entlang der Nahrungsmittelkette „Vom Feld bis zum Teller“ unter dem Dach der AGES (bei der Gründung der AGES vom damaligen Bundesminister Molterer propagiert) bliebe damit nur ein Scherbenhaufen übrig. Wie die genannten Kontrollbereiche der AGES, die bei der seinerzeitigen Gründung zusammengeführt worden sind, wieder auseinanderdividiert werden sollen, ist völlig unklar. **Auch was von der AGES, die sich von den letzten Umstrukturierungen und dem jahrelangen Kaputtsparen bis heute nicht erholt hat, übrig bleibt, lässt der Entwurf völlig im Dunkeln.**

Eine im Gesetz anvisierte Akkreditierung dieser Kontrolleinrichtung gemäß Akkreditierungsgesetz durch das Wirtschaftsministerium muss bezweifelt werden – insbesondere auch, weil das Gesetz begrifflich nicht einmal eindeutig regelt, um welche Stelle es sich hier handelt: Eine Überwachungsstelle, eine Prüfstelle oder eine Zertifizierungsstelle – denn der Begriff Kontrolle ist fachlich nicht ausreichend präzise.

Was hier als verwaltungstechnische **Einsparung und Effizienzsteigerung** verkauft wird, muss als **Etiketten-Schwindel** bezeichnet werden. Die geplante Kosteneinsparung von jährlich 1 Mio. Euro ist nicht nachvollziehbar, denn der Aufbau der neuen Kontroll-GmbH würde weitere Kosten verursachen. Auch der völlig **praxisfremde geplante Betriebsbeginn mit 1. Juli 2011** ist Ausdruck eines völlig unüberlegten Schnellschusses.

Dieser Gesetzesentwurf ist ein Schritt in die falsche Richtung und hat nichts in den Budgetbegleitgesetzen verloren. Die angekündigten Einsparungen sind sachlich nicht zu argumentieren und entbehren jeder realen Basis, denn durch den Aufbau einer neuen Kontrollfirma und Geschäftsstelle wäre mit erhöhten Kosten zu rechnen. Die ohnehin äußerst prekäre finanzielle Situation der AGES würde damit nur noch verschärft.

Die Grünen fordern den Umweltminister auf, diesen Gesetzesentwurf unter dem Deckmantel der Budgetsanierung umgehend zurückzunehmen und eine unabhängige und effiziente Kontrolle im Umwelt- und Agrar-Bereich sicherzustellen.

Mag. Christiane Brunner e.h.
Abgeordnete zum Nationalrat
Der Grüne Klub im Parlament

Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber e.h.
Abgeordneter zum Nationalrat
Der Grüne Klub im Parlament

Mag.^a Christiane Brunner

Abgeordnete zum Nationalrat

Sprecherin für Umwelt, Energie und Tierschutz der Grünen im Parlament

Vorsitzende des Umweltausschusses

Telefon (01) 40110 – 6303 **Telefax** (01) 40110 – 6882 **Email:** christiane.brunner@gruene.at

Dieses Dokument wurde mittels e-Mail vom Verfasser zu Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.